

## Zuspitzung der Konflikte in den Beziehungen Belarus–Rußland

Unsichere Perspektiven für die Bildung eines Unionsstaats

Heinz Timmermann

Nach dem für 2004 vorgesehenen EU-Beitritt von Polen, Litauen und Lettland wird Belarus zum direkten, »neuen Nachbarn« der Union. Die EU hat daher großes Interesse an einem stabilen, demokratisch und marktwirtschaftlich ausgerichteten Belarus, das sich als vollgültiges Mitglied in die europäische Völkerfamilie eingliedert. Die Wiederherstellung der vom Regime Lukaschenko de facto geschlossenen OSZE-Mission in Minsk zum Januar 2003 ist ein positives Signal, auch wenn deren Erfolgsaussichten eher skeptisch zu beurteilen sind. Hier ergeben sich Konvergenzen mit Positionen Rußlands, die in den Beziehungen der EU zu Moskau genutzt werden sollten: Auch aus russischer Sicht bildet das reformresistente Belarus ein Hindernis für partnerschaftliche politische Beziehungen in Gesamteuropa sowie für die Herausbildung eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraums. Hinzu kommt, daß sich die Konflikte zwischen Rußland und Belarus über den Charakter des angestrebten Unionsstaats seit einigen Monaten verschärfen. Vor diesem Hintergrund mehren sich in Moskau Spekulationen über einen Regimewechsel in Belarus. Die EU und der Westen insgesamt sollten entsprechend vorbereitet sein.

Seit Sommer 2002 sind die Beziehungen zwischen Belarus und Rußland erheblich gestört. Unter Präsident Putin hat Moskau der inhaltsleeren Integrationsrhetorik, die aus machtpolitischem Kalkül von Jelzin (und Lukaschenko) gepflegt worden war, eine klare Absage erteilt. Jelzin sah im Aufzeigen der Perspektive einer Reintegration noch ein wirksames Mittel, um dem im »nationalpatriotischen« Lager Rußlands verbreiteten Vorwurf eines »Zerstörers der Sowjetunion« zu begegnen. Putin dagegen

rückt im Verhältnis zu Belarus pragmatisch die langfristigen nationalen Interessen Rußlands in den Vordergrund. Dabei bezieht er bewußt die energische Absage Lukaschenkos an das Modell einer Vereinigung auf Grundlage der russischen Verfassung in sein Kalkül ein. Dies würde, dessen ist sich Lukaschenko bewußt, seiner Präsidentschaft ein Ende setzen: Ein wichtiger Aspekt der Strategie Putins besteht darin, dem belarussischen Kollegen durch Präsentation eines für Lukaschenko inakzeptablen

Maximalziels das Image des »Großen Vereinigers der slawischen Völker« zu nehmen. Dieses hatte Lukaschenko nicht nur in Belarus selbst, sondern auch in Rußland unter der Regierung Jelzin in den Reihen der »Nationalpatrioten« starken Zuspruch verschafft.

Für Lukaschenkos Regime hat die Kontroverse mit Putin ernste Auswirkungen, bildet doch die Integrationsrhetorik ein zentrales Element seiner Herrschaftslegitimation. Nimmt man die Unzuverlässigkeit großer Teile der Nomenklatur, den Niedergang der Wirtschaft, wachsende Emanzipationstendenzen im handverlesenen Parlament und die Aktivitäten der Opposition hinzu, so könnte sich all dies zu einer kritischen Masse verdichten und die Macht des Präsidenten ernsthaft gefährden. Nicht zufällig kursieren in Moskau zunehmend Spekulationen über eine Ablösung des unberechenbaren Lukaschenko und die Suche nach einer personellen Alternative (ausführlich dazu: *Nezavisimaja gazeta*, 18.11.2002).

Lukaschenko scheint solche Gefahren zu spüren, wie die verschärfte Repression und seine öffentlichen Andeutungen unterstreichen, daß neben westlichen auch russische Geheimdienste gegen ihn agieren. Auch die Ausweisung von Boris Nemzow, dem Vorsitzenden des Bundes Rechter Kräfte und seiner Staatsdumafraktion, im Oktober 2002 demonstrierte die Nervosität des Minsker Regimes. Nemzows Partei unterhält enge Beziehungen zur Liberalen Bürgerpartei Weißrußlands unter Anatolij Lebedko, einem Abgeordneten des 1996 von Lukaschenko aufgelösten belarussischen Parlaments. Die Einreise Nemzows nach Belarus, wo er an einer internationalen Konferenz teilnehmen wollte, sei unerwünscht, ließ der Minsker KGB verlauten, da er durch sein Auftreten und seine regimekritischen Positionen die Sicherheit des Staates gefährde. Wenig halfen hier die Proteste von Putins Regierungssprecher Gromow und einer Reihe hochrangiger russischer Politiker; ihre Verweise darauf, daß sich die Bürger von Rußland und

Belarus laut vertraglichen Abmachungen in beiden Staaten frei bewegen könnten, fanden in Minsk keine Beachtung.

Das Zusammengehen liberaler Formationen beider Staaten, das programmatisch mit einem Bekenntnis zu guten Beziehungen Weißrußlands zu Rußland und EU besiegelt wurde, mußte Lukaschenko als Ende seines Monopols auf die russisch-belarussischen Beziehungen und damit als gefährliche Attacke auf seine Herrschaftslegitimation wahrnehmen. Auf Putins Unterstützung für eine Verfassungsänderung, die Lukaschenko eine dritte Amtsperiode ermöglichen würde, kann er kaum hoffen.

Westliche Politik sollte die Zuspitzung der Beziehungen in Rechnung stellen und auf mehrere Entwicklungsvarianten in Belarus vorbereitet sein, darunter auch auf einen friedlichen Regimewandel. Nicht zufällig sprach sich Aleksander Weschnjakow, der angesehene Leiter der zentralen Wahlkommission Rußlands, im November 2002 dafür aus, daß eine Person das Amt des Präsidenten nicht mehr als zwei Wahlperioden ausüben solle: »Hier handelt es sich um ein demokratisches Prinzip, das die Möglichkeit zu Ernennung und Wechsel der Regierung gewährleistet. Dies ist besonders wichtig für junge Demokratien.«

Welches sind, kurz skizziert, die wichtigsten aktuellen Streitpunkte im Konflikt Minsk–Moskau?

### **Problematische Integration im Zeichen des »Unionsstaats«**

Im Hinblick auf die Disproportionen der Partner in Größe und Potential kann das Projekt eines Unionsstaats Rußland–Belarus Moskau zufolge nur zu *russischen* Bedingungen verwirklicht werden. Völlig ausgeschlossen wird eine Lösung in Form der Union zweier *gleichberechtigter* Staaten mit paritätisch besetzten supranationalen Organen, wie es die belarussische Seite unter Hinweis auf vertragliche Abmachungen der Jelzin-Periode auch weiterhin fordert. Russische Bedingungen gelten für

den von Putin favorisierten De-facto-Beitritt Weißrußlands zur Russischen Föderation ebenso wie für eine Integration nach dem EU-Modell oder entsprechend den Bestimmungen des Vertrags über die Bildung des Unionsstaats vom Januar 2000 (der konsequenterweise seiner Paritätsklauseln entkleidet werden müßte).

Die von Putin ins Spiel gebrachte Beitrittsvariante scheint allerdings weniger auf eine tatsächliche Realisierung zu zielen als auf die Diskreditierung des Integrators Lukaschenko, hatte dieser doch früher wiederholt betont, er werde mit der Integration so weit gehen, wie es von Rußland gewünscht werde. Damals rechnete er sich tatsächlich gute Chancen aus, die Nachfolge Jelzins als Präsident eines vereinigten Staates anzutreten. Inzwischen ergaben Umfragen, daß bei hypothetischen Wahlen zur Präsidentschaft eines Unionsstaats Putin 50 Prozent, Lukaschenko dagegen nur 14 Prozent auf sich vereinigen würde. In Wirklichkeit betreibt Rußland auf verschiedenen Feldern eine Politik der allmählichen Einflußsteigerung in Belarus, ohne dabei formal die Souveränität des Landes in Frage zu stellen (Putin im November 2002: »Belarus ist ein unabhängiger Staat, der das Recht hat, die Prinzipien seiner Innen- und Außenpolitik selbst zu bestimmen«).

Beide Seiten sind angesichts der fruchtlosen Kontroverse um den Charakter des angestrebten »Unionsstaats« inzwischen bemüht, das Problem durch semantische Korrekturen zu entschärfen: Mit »Unionsstaat« sei in den Vertragswerken der falsche Begriff gewählt worden, betonen heute hochrangige Politiker beider Seiten (z.B. Staatsdumachef Selesnjow, Weißrußlands Außenminister Chwostow); tatsächlich gehe es eher um die Bildung einer »Union zweier Staaten«, also um eine wesentlich lockerere Variante eher konföderalen Typs. Die Konfusion stellt für die Verantwortlichen jedoch kein Hindernis dar, schon heute nach einer Staatshymne für das in seiner Substanz noch nebelhafte Gebilde zu suchen und dafür entsprechende Preise auszuloben.

## **Wirtschaftsbeziehungen im Zeichen russischen Drucks**

Putin machte der Strategie Lukaschenkos ein Ende, im Verhältnis zu Rußland »virtuelle Vereinigung gegen ökonomische Dividende zu setzen« (Nezavisimaja gazeta). Im Zeichen einer Ökonomisierung der Außenpolitik verstärkte er den wirtschaftlichen Druck auf Belarus, um damit den politischen Einfluß Rußlands zu steigern, die Anpassung der belarussischen Wirtschaftsordnung an die russische zu beschleunigen sowie subventionsbedingten materiellen Schaden für das Land zu minimieren. Russischen Schätzungen zufolge beträgt er jährlich rund 500 Mio. US-Dollar, insbesondere in Form verbilligter Rohstofflieferungen, russisch-inländischer und damit preisgünstiger Bahntarife sowie partiellem Erlaß von Schulden.

Neben den Energielieferungen verfügt Moskau in der Tat über eine Reihe wirksamer Hebel zur Umsetzung seiner Strategie. So ist der belarussische Export zu über 60 Prozent auf Rußland ausgerichtet, der Warenumsatz betrug 2002 rund 10 Mrd. US-Dollar. Darüber hinaus ist der Energiekomplex beider Länder zu 95 Prozent miteinander verflochten, der Hochtechnologiebereich zu 85, der Maschinenbau zu 80 und der Düngemittelsektor zu 60 Prozent (so Pawel Borodin, Staatssekretär des Unionsstaats, im November 2002). Gleichwohl leistet Lukaschenko hinhaltenden zähen Widerstand: Die Dominanz über die »Kommandohöhen« der Wirtschaft und die Erhaltung der staatsinterventionistisch geprägten Wirtschaftsordnung bilden eine zentrale Machtsäule seines Regimes. Das Tauziehen läßt sich an einer Reihe von Punkten verfolgen.

Zum einen ist Rußland nicht länger bereit, den belarussischen Gasbedarf komplett zu russischen Inlandspreisen zu decken – entgegen vertraglichen Abmachungen vom April 2002, wie der Minsker Energieminister Semaschko im Dezember 2002 betonte. Nach harten Auseinandersetzungen kamen beide Seiten überein, daß Belarus im Jahre 2003 von Gasprom 10,5 Mrd.

Kubikmeter zu Inlandspreisen (24 US-Dollar pro 1000 cbm) erhält, die benötigten restlichen 8,5 Mrd. Kubikmeter dagegen bei der Gaspromtochter Itera dazukaufen muß (zu 40 US-Dollar pro 1000 cbm). Das bereitet vielen Betrieben, von Lukaschenko zu pünktlicher Zahlung ihres Energieverbrauchs angehalten, inzwischen zusätzliche Probleme und hatte bereits im Januar 2003 die Entlassung einer Reihe von Direktoren zur Folge.

Das ohnehin gespannte Geschäftsklima wurde durch russische Vorwürfe weiter belastet, wonach der durch Belarus führenden Pipeline illegal Gas entnommen wurde und Rußland deshalb seinen Verpflichtungen gegenüber westlichen Partnern nicht voll nachkommen konnte. Rußland drängt daher auf Beteiligung an dem staatlichen Verteilersystem Beltransgas (25–30 Prozent, auch als Kompensation für 200 Mio. US-Dollar Schulden Weißrußlands). Darüber hinaus erwägt Gasprom, eine weitere Gaspipeline zur Versorgung Nordeuropas unter Umgehung Weißrußlands durch die Ostsee zu verlegen (von Wyborg nach Greifswald). Damit ginge Belarus ein weiteres Mal leer aus, nachdem sich Moskau schon zuvor entschlossen hatte, die durch die Ukraine führende Gaspipeline mit Hilfe eines von Rußland, der Ukraine und Deutschland gebildeten Konsortiums zu modernisieren. Ursprünglich war geplant, eine neue Pipeline durch Belarus zu verlegen.

Nur geringe Fortschritte machen – zum zweiten – die Bemühungen russischer Unternehmer, Filetstücke belarussischer Staatsbetriebe insbesondere auf dem Gas- und Ölsektor zu übernehmen. Erst nach langen Auseinandersetzungen wurde der belarussische Anteil von 10,7 Prozent an dem Ölkonzern Slawneft an die russischen Erdölkonzerne Sibneft und Tjumen Oil veräußert. In den meisten übrigen Fällen führten zähflüssige Verhandlungen bislang zu wenig greifbaren Ergebnissen, sei es im Hinblick auf belarussische Raffinerien, Stromwerke, Chemiekonzerne, Kunstfaserbetriebe oder den Minsker Fahrzeughersteller MAZ.

Darüber hinaus übt die russische Seite scharfe Kritik an der mangelhaften Umsetzung der vereinbarten Anpassung der belarussischen an die russische Wirtschaftsordnung. Es sei unmöglich, »ein sozialistisches Wirtschaftsmodell mit einem kapitalistischen zu integrieren« – so russische Politiker und Wissenschaftler im Dezember 2002 anlässlich einer Anhörung des belarussischen Parlaments. Bei gleicher Gelegenheit erhob sich selbst im regimeabhängigen Parlament Kritik an der »dauerhaften und sogar weiter werdenden Lücke zwischen den Wirtschaftssystemen Weißrußlands und Rußlands, ihrem grundsätzlich unterschiedlichen Herangehen an Marktreforment«. Aus russischer Sicht bildet die Liberalisierung der Wirtschaftsordnung eine zentrale Voraussetzung für die weitere Annäherung beider Länder sowie darüber hinaus für ihre gemeinsame Integration in die Weltwirtschaft. Für Lukaschenko dagegen liefe eine Wirtschaftstransformation nach russischem Muster auf eine Zerstörung des »belarussischen Modells« umfangreicher wirtschaftlicher und sozialer Subventionierung hinaus. Sie würde eine gefährliche Erosion seines Machtsystems einleiten, denn sie nähme ihm die Möglichkeit, Wirtschaft, Preise und Geldwesen unter strenger Kontrolle zu halten.

Nicht geklärt wurden schließlich Charakter und Sitz des Emissionszentrums für die gemeinsame Währung in Form des russischen Rubel, dessen Einführung von 2005 auf 2004 vorgezogen werden soll. Trotz starken russischen Drucks hält Minsk an der Ablehnung der Bildung eines einzigen Zentrums in Moskau fest, das einer selbständigen Geld-, Kredit- und Haushaltspolitik Weißrußlands tatsächlich enge Grenzen setzen und damit dessen Unabhängigkeit in Frage stellen würde. Statt dessen wiederholte die belarussische Führung ihren Vorschlag, der Unionsstaat solle über ein von den Zentralbanken auf paritätischer Basis kontrolliertes Emissionszentrum verfügen. Dieses wiederum solle einem dem Obersten Staatsrat des Unions-

staats verantwortlichen Interbanken-Währungsrat zugeordnet sein.

Angesichts grundsätzlicher Einwände Rußlands gegen eine Teilabgabe seiner Rubel-Emissionsrechte sowie mit Blick auf den Umstand, daß der Unionsstaat selbst von beiden Seiten zunehmend als wirklichkeitsfremdes Konstrukt eingeschätzt wird, hat diese Regelung wenig Aussicht auf Realisierung. Voraussichtlich wird Rußland pragmatisch bestrebt sein, die Abhängigkeit der belarussischen Nationalbank von der russischen Zentralbank durch geld- und kreditpolitische Maßnahmen weiter zu verstärken, ohne ihre formale Unabhängigkeit aufzuheben. Der russische Stützungskredit über 150 Mio. US-Dollar im Jahre 2002 bildet hierfür ein gewisses Indiz.

### **Divergenzen in den internationalen Beziehungen**

Bereits vor dem 11. September hatte Rußland unter Präsident Putin seine Beziehungen zur EU intensiviert und danach die Zusammenarbeit mit den gesamten euroatlantischen Strukturen erheblich ausgeweitet und vertieft. Vor diesem Hintergrund bildet das reformresistente und antiwestlich geprägte Lukaschenko-Regime aus russischer Sicht einen zunehmenden Störfaktor in den Beziehungen Moskaus zum Westen. Ein deutliches Beispiel hierfür bietet die Reaktion der russischen Politik auf das Einreiseverbot, das die EU im November 2002 als Antwort auf die faktische Schließung der OSZE-Mission in Minsk über Lukaschenko und weitere sieben belarussische Spitzenpolitiker verhängte. Bereits zuvor war Lukaschenko die Teilnahme an der Prager Tagung des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats der NATO verwehrt worden.

Obwohl Lukaschenko öffentlich Moskaus Solidarität einforderte, hielt sich die diplomatische Unterstützung aus Rußland in Grenzen und wurde gelegentlich sogar durch den Hinweis relativiert, Lukaschenko trage teilweise selbst Schuld am westlichen Vorgehen. In der Staatsduma fand ein

Appell an die Adresse Tschechiens, Lukaschenko das Visum für die Teilnahme an dem NATO-Treffen zu erteilen, mit nur 148 Stimmen (von 450) keine Mehrheit. Ganz offensichtlich übte Putin statt dessen erheblichen Druck auf Lukaschenko aus, seine Haltung zur OSZE zu korrigieren: »Rußland hilft Belarus bei der Wiederherstellung der Beziehungen zur OSZE«, lautete die in diplomatischer Sprache verklausulierte Formel.

Die Intervention blieb nicht ohne Erfolg: Ende November 2002 gab das Lukaschenko-Regime seine Zustimmung zur Bildung einer neuen OSZE-Mission in Minsk, die ihre Arbeit Anfang Januar 2003 aufnehmen könne. Ihre Aufgabe besteht darin – so die Vereinbarung im Anschluß an das OSZE-Außenministertreffen Anfang Dezember 2002 in Porto –, »die belarussische Regierung bei der weiteren Förderung der Institutionenbildung, bei der weiteren Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit und bei der Entwicklung der Beziehungen zur Zivilgesellschaft zu unterstützen, und zwar in Übereinstimmung mit den Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE«. Die scharfe Kritik, die Minsk an den Aktivitäten der bisherigen OSZE-Mission übte, die inhaltliche und zeitliche Einschränkung des Mandats für das neue OSZE-Büro sowie der Verweis des Regimes auf die – schließlich auch durchgesetzte – Forderung nach einem neuen Schwerpunkt in den Bereichen Wirtschaft und Ökologie lassen Skepsis aufkommen, ob das Lukaschenko-Regime der neuen OSZE-Mission tatsächlich genügend Raum für demokratiefördernde Aktivitäten lassen wird.

Symptomatisch ist die harte Linie der Machthaber im Hinblick auf Modifikationen der Wahlregularien – eine Frage, in der sich die frühere OSZE-Mission besonders engagiert hatte. Im Oktober 2002 weigerte sich Belarus, im Rahmen der GUS eine Konvention über demokratische Wahlstandards zu unterzeichnen. Die Konvention, der Armenien, Georgien, Kirgistan, Moldau, Rußland und Tadschikistan beitraten, zielt auf gesicherte Transparenz in der natio-

nalen Wahlgesetzgebung, etwa im Hinblick auf Auszählung der Stimmen und Übergabe der offiziellen Ergebnisprotokolle an die Wahlbeobachter. Dies würde inoffizielle Parallelzählungen ermöglichen, wie sie bei den Präsidentschaftswahlen 2001 von alternativen Gruppen versucht und vom Regime unterbunden wurden. Auffällig ist nicht die Absage an substantielle Änderungen der Wahlregularien als solche; sie war gegenüber internationalen Organisationen wie OSZE, Europarat und EU oft genug erfolgt. Bemerkenswert ist vielmehr, daß sie im Rahmen der Rußland einschließenden GUS erfolgte, der sich Belarus offiziellen Aussagen zufolge besonders verbunden fühlt.

Der Hinweis auf die notwendige »brüderliche Hilfe« Moskaus beim Arrangement mit der OSZE zeigt: Nicht nur gegenüber dem Westen betreibt Lukaschenko eine Politik der Selbstisolierung, sondern tendenziell auch gegenüber dem Osten. Wie gespannt die Beziehungen inzwischen sind, demonstriert der erstmals öffentlich erhobene Anspruch Weißrußlands, in die Regelung des Transits von Kaliningrad nach Kernrußland einbezogen zu werden. Da Belarus ein wichtiger Transitraum sei, so Außenminister Chwostow im November 2002, »sollten wir in einem bestimmten Stadium an der Lösung der Angelegenheit beteiligt werden«. Nach den kurz zuvor erfolgreich abgeschlossenen Kaliningrad-Verhandlungen zwischen Rußland und der EU stellen von Belarus verursachte zusätzliche Komplikationen dieses sensitiven Problems für Moskau eine unangenehme Überraschung dar.

### **Europäische Signale an Moskau**

Auf welche Weise und mit welchen Konzeptionen kommt bei all dem die EU ins Spiel? Aus einer Reihe von Gründen ist die Union ganz erheblich an reformorientiertem Wandel in Belarus und an konfliktfreien freundschaftlichen Beziehungen zu diesem Land interessiert: Nach dem EU-Beitritt der angrenzenden Beitrittsstaaten Polen, Litauen und Lettland 2004 wird Belarus zu

einem der »neuen Nachbarn« der erweiterten Union.

Als Transitraum für russische Energielieferungen nach Westen ebenso wie für westliche Warenexporte nach Osten bildet Belarus ein wichtiges Verbindungsglied zwischen der EU und Rußland: Mehr als 60 Prozent des wechselseitigen Handels wickeln die Partner über Weißrußland ab. Nicht zuletzt wird der neue Nachbar Belarus gebraucht, wenn es darum geht, gemeinsam die wachsenden Sicherheitsprobleme zu bekämpfen, insbesondere terroristische Aktivitäten, organisiertes Verbrechen, ökologische Zerstörungen, illegale Migration. Ein sich nach Westen abschottendes Belarus würde Eingrenzung und Beseitigung solcher Gefahren erheblich erschweren. Aus all diesen Gründen beauftragte der Kopenhagener EU-Gipfel im Dezember 2002 die Kommission, ein Gesamtkonzept für die Beziehungen der Union zu den »neuen Nachbarn«, darunter auch Belarus, zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund verfolgen die EU und ihre Mitgliedstaaten gegenüber Belarus eine doppelte Dialogstrategie. Sie besteht darin, im Rahmen der EU-Beschlüsse einerseits Kontakte mit Regimevertretern zu pflegen sowie andererseits der demokratischen Opposition und der heranwachsenden Zivilgesellschaft Solidarität und breite Unterstützung zu geben. Ziel ist es, in einem evolutionären Kooperationsprozeß einen Wandel des Systems herbeizuführen (dazu ausführlich die SWP-Studie S 37/2002). Zugleich stellt die EU in Rechnung: Angesichts der engen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und historischen Verflechtungen bildet Rußland einen ganz entscheidenden Faktor für die künftige Entwicklung Weißrußlands. Auch die belarussische Opposition bezieht dies mittlerweile realistisch in ihr Kalkül ein.

Immerhin wachsen die Chancen Brüssels, auf Moskau Einfluß zu nehmen, in dem Maße, in dem die EU als Partner bei der politischen Gestaltung und wirtschaftlichen Modernisierung für Rußland an Bedeutung gewinnt. Daher sollten Putins

Hinweis im deutschen Bundestag auf die notwendige Schaffung eines Vertrauensklimas in Europa sowie das Streben von EU und Rußland zur Bildung gemeinsamer demokratisch geprägter Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsräume Ansporn sein für Appelle der EU an die Verantwortlichen in Rußland, reformfördernd auf das Lukaschenko-Regime einzuwirken.

Im Hinblick auf demokratischen Wandel mögen solche Appelle nur begrenzt Wirkung zeigen, ist doch das Rußland Putins selbst zunehmend von autoritären Tendenzen geprägt. Starke gemeinsame Interessen zeigen sich jedoch bei der Herausbildung einer liberalen, marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung in Belarus, mit der sich zugleich Erwartungen auf eine politische Pluralisierung verbinden. Der Beitritt eines mit Belarus zur Union verbundenen Rußlands zur WTO sowie die anschließende Bildung einer Freihandelszone mit der EU BEI Fortbestand eines reformresistenten Systems des »staatsmonopolistischen Kapitalismus« (Arkadij Moshes) in Belarus schwer vorstellbar. Eine langfristige Strategie der Annäherung Weißrußlands als unabhängiger Staat an Europa gemeinsam mit Rußland scheint eine Option zu sein, die ein Großteil von Eliten und Bevölkerung Weißrußlands akzeptieren würde; die Partnerschaft Rußlands mit dem Westen wiederum könnte Modernisierung und Wandel in Belarus fördern und der russisch-belarussischen Union so eine neue, gesamteuropäisch geprägte Perspektive geben.

In diesem Licht sollte die EU in Moskau deutlich machen: Brüssel wird sich nicht auf sporadische Angebote Lukaschenkos einlassen, seine Beziehungen zur EU und zum Westen insgesamt auf Kosten Moskaus auszubauen. Entsprechende Offerten aus Minsk sind rein taktisch motiviert und darüber hinaus nicht mit der Bereitschaft zu demokratischem Wandel verbunden. Ein Regimewandel in Belarus läuft nicht auf ein Nullsummenspiel, auf eine Übernahme des Landes durch die EU hinaus, wie in Rußland vielfach befürchtet wird. Die EU

ist vielmehr an einem unabhängigen Belarus interessiert, das als Bindeglied zwischen Ost und West dient und gute Beziehungen zu Rußland und zur EU unterhält. Nicht die prorussische Ausrichtung Weißrußlands ist es, die von der EU und den anderen europäischen Organisationen kritisiert wird, sondern die Mißachtung europäischer Grundwerte und demokratischer Prinzipien, wie sie auch in Rußland gelten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org